

(Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. **Wahle**,

(A) werden mir die Herren recht geben, daß wir dann verpflichtet sind, im Interesse der Allgemeinheit der Steuerzahler auf Preis zu halten. Der im vorliegenden Falle geforderte Preis ist nicht so horrend hoch, wie es der Herr Vorredner geschildert hat. Der Petent selbst zahlt bereits freiwillig als Mietzins oder Entschädigung für einen Teil des fraglichen Landes 3 M. 50 Pf. pro a jährlich. Wenn man diesen Jahreszins kapitalisiert, so ergibt das für den Quadratmeter 1 M., und wir haben als Kaufpreis nur 70 Pf. für den Quadratmeter verlangt. Das ist für ein Grundstück in der Nähe des Bahnhofes Schmiedeburg zu gewerblichen Zwecken ein angemessener Preis. Denn es lassen sich dort, wie gesagt, zwar keine Arbeiterwohnungen bauen, aber es handelt sich wahrscheinlich — das wissen wir nicht so genau — um den Ausbau einer Wasserkraft oder Märanlage, kurz und gut, um gewerbliche Anlagen, in jedem Falle also um rein private Interessen. Wenn der Fiskus vor Jahren bloß 35 Pf. für den Quadratmeter zum Straßenbau in der Nähe bezahlt hat, so ist das für den vorliegenden Fall nicht maßgebend, sondern jedes Stück Land ist gesondert nach seinen lokalen Verhältnissen zu beurteilen. Es läßt sich recht wohl ein Fall denken — und solche Fälle kommen ja tatsächlich fortwährend vor —, daß wir in ein und derselben Gegend mit gutem Grunde auf einer Parzelle nur 10 Pf. für den Quadratmeter und auf einer anderen, unmittelbar daneben 1 M. für den Quadratmeter fordern. Man muß auch berücksichtigen, daß jetzt in dieser Gegend und überhaupt im ganzen Erzgebirge die Bodenpreise fortgesetzt in die Höhe gehen. Wir kommen also — ich wiederhole das — beim Verkaufe von Forstareal im Preise gern entgegen, wenn es im öffentlichen Interesse geschieht, und wir rechnen die Errichtung von Arbeiterwohnungen im Erzgebirge im allgemeinen zu den Gegenständen des öffentlichen Interesses. Das hat die Staatsforstverwaltung unter anderem ja auch damit bewiesen, daß sie in Kap. 1 eine größere Summe für den Bau von Wohngebäuden für Arbeiter in den Etat für 1912/13 eingestellt hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Dietel.

Abg. Dr. Dietel: Meine Herren! Ich gebe ebenfalls gern zu, daß die Deputation ihr Votum auf Grund eingehender Erwägungen abgegeben hat, und ich will auch gar nicht gegen das Votum sprechen. Ich möchte nur eine Bitte auch meinerseits an das Finanzministerium richten. Der Herr Abg. Heymann

hat schon betont, daß der Petent zweifellos wiederum in Verhandlungen mit dem Finanzministerium eintreten wird, und auch ich bin dessen gewiß, daß der Petent das tun wird. Wenn das nun der Fall sein wird, möchte ich das Finanzministerium bitten, dem Petenten keine Schwierigkeiten zu bereiten, sondern vielleicht dadurch zu einem Ziele zu kommen, daß das Finanzministerium etwas in der Forderung nachgibt, wie das nach meiner Meinung auch der Petent tun wird. Denn zweifellos hat die große Fabrik nicht bloß für den Ort, sondern auch für die Umgebung große volkswirtschaftliche Bedeutung,

(Abg. Heymann: Sehr richtig!)

und die Fabrik würde noch leistungsfähiger sein, wenn sie nicht fortwährend unter Arbeitermangel zu leiden hätte. Der Arbeitermangel ist aber darin begründet, daß der Ort wegen der ganzen Lage nicht ausdehnungsfähig ist. Infolgedessen müssen die Arbeiter weit zu der Fabrik laufen. Wenn der Petent sagt, daß er das Areal zu Arbeiterwohnhäusern benutzen will, so liegt ein allgemein soziales Interesse vor.

Nun hat der Herr Geheimrat in dankenswerter Weise erklärt, daß die Regierung gern entgegenkommen und mit ihrer Forderung heruntergehen will, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Er hat aber bestritten, daß hier ein öffentliches Interesse vorliegt, und hat gesagt, daß hier nur ein privates Interesse vorliege. Er hat aber nicht hinzugefügt, auf Grund welcher Informationen die Königl. Staatsregierung dieser Meinung ist. Ich bin der Meinung, daß man dem Petenten, wenn er uns das in der Petition versichert — und er hat es mir auch privatim versichert —, doch glauben muß, wenn nicht ganz zweifellos andere Gründe vorliegen. Wenn also feststeht, daß dieses Areal vor allem benutzt werden soll zum Bau von Arbeiterwohnhäusern, dann ist zweifellos ein allgemeines öffentliches Interesse vorhanden, und dann wird eben auch der Herr Geheimrat und die Königl. Staatsregierung so liebenswürdig sein, in ihrer Forderung etwas herunterzugehen, und dann wird auch die ganze Angelegenheit zu einem gedeihlichen Abschlusse kommen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Heymann.

Abg. Heymann: Meine Herren! Auch ich bin Herrn Geheimrat Dr. Wahle sehr dankbar dafür, daß er